

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 721

Mittwoch, 20. Januar 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Guatemala: Gefährdete Journalist*innen.....	1
Ex-Sicherheitschef des kanadischen Bergbaukonzerns wegen Mord an Adolfo Ich verurteilt.....	5
Spirtueller Führer im Quiché ermordet und die Behörden wissen nichts darüber.....	6
Rodríguez spricht in seiner Antrittsrede nicht über die Wahl der Richter*innen.....	6
Guatemala: Fälle der Unterernährung stiegen um 80%.....	6
Letzte Meldung: Tränengas stoppt "Karawane" in Guatemala.....	7

*Guatemala: Gefährdete Journalist*innen*

Guatemala, 8. Januar – *Über etwas nachzudenken und darüber zu sprechen sind alltägliche und manchmal sogar spontane Handlungen der Menschen. Deshalb ist es schwierig, sich vorzustellen, dass irgendwann jemand die Macht haben könnte, diese Freiheit einzuschränken. Aber in Guatemala gibt es jeden Tag ernsthafte Rückschläge bei der Erfüllung der verfassungsmäßigen Garantien für seine Bevölkerung im Allgemeinen und insbesondere für jene Sektoren, die sich auf ihre Menschenrechte wie Meinungs-, Informations- und Redefreiheit berufen.*

Der Journalismus in Guatemala befindet sich in einem seiner kritischsten Momente, da Gewalt und Aggressionen auf unterschiedliche Weise auftreten - von der Einschränkung der Informationsquellen über physische und psychische Angriffe bis hin zu krimineller Verfolgung und Morden. Die Verantwortlichen für die Gewalt und die Restriktionen sind bekannt. Es handelt sich um Behörden und Amtsträger*innen, nationale und transnationale Unternehmen und lokale Machthaber*innen. Wir glauben, dass es wichtig ist, zwei Momente zu verfolgen, um die Aggressionen gegen die Presse zu analysieren: der erste umfasst den Zeitraum von Januar bis zu den ersten vierzehn Tagen im März, und der zweite mit der Pandemie während des Restes des Jahres, eine Periode, in der die Aggressionen zunahmen.

Die Anzahl der Angriffe im Jahr 2020 bewegt sich zwischen 116 (Staatsanwaltschaft, MP), 124 (Vereinigung Guatemaltekischer Journalist*innen, APG) und 132 (Ombudsmann für Menschenrechte, PDH). Von den bezifferten 132 Angriffe waren mindestens 147 Journalist*innen betroffen. Die Analyse der Informationen während der elf Monate ergab, dass 58 der Aggressionen gegen indigene Journalist*innen stattfanden, davon 14 gegen Frauen. Die anderen 62 ereigneten sich in der Hauptstadt Guatemalas gegen mestizische Journalist*innen, von denen 30 gegen Frauen gerichtet waren. Die restlichen zwölf Übergriffe wurden anonym gemeldet. Von allen Angriffen richteten sich 45 Angriffe gegen Gruppen.

In ihrem Jahresbericht schreibt die APG, dass in den ersten neun Monaten der Regierung von Alejandro Giammattei Falla die Anzahl der beiden vorherigen Regierungen von Jimmy Morales Cabrera (63 Fälle) und Otto Pérez Molina (45 Fälle) deutlich übertroffen wurde. Von den 116 von der MP als Verbrechen eingestuft Fällen gegen Journalist*innen war im März der Mord an dem Journalisten Bryan Leonel Guerra in Chiquimula der schwerwiegendste. Im November wurde ein zweiter Mord in Escuintla gemeldet, der des Journalisten Mario Arturo Ortega García. Beide Fälle werden noch untersucht. Die Oberste Staatsanwältin, María Consuelo Porras, versicherte, dass die neue Abteilung für Verbrechen gegen Journalist*innen während ihrer Amtszeit weiter verstärkt werden würde.

Unsichtbare Verbrechen: sexuelle Nötigungen und Rassismus

Celeste Mayorga, Leiterin des feministischen Digitalzeitschrift ‚Ruda‘ (Raute), stellt fest:

„Das Thema der sexuellen Belästigung und insbesondere der sexuellen Belästigung von Journalistinnen ist noch nicht vollständig angegangen worden. Das Thema sei auf dem Tisch, heisst es, aber es gibt keine Mechanismen im Umgang mit dem Thema der Belästigung innerhalb von sozialen Organisationen, Bewegungen, Medien oder wo auch immer. Aber vor allem in der Forschung und im Journalismus, also den Sektoren, in denen wir uns als ‚Ruda‘ bewegen, ist es

besorgniserregend, dass es weder finanzielle noch rechtliche Mittel gibt, die Journalist*innen schützen können. Etwa, wenn es darum geht, die Täter, in der Regel Männer, zu verfolgen, die innerhalb der gleichen Räume, Medien, Bewegungen oder Organisationen die Macht haben. Oder wenn es darum geht, einen Fall von Mobbing anzuzeigen. Es gibt keine Begleitung für Frauen oder Journalist*innen, die unter Belästigung leiden, weil niemand weiss, wie man mit Belästigung, Gewalt oder sexueller Gewalt umgeht. Die Menschen in diesen Räumen haben nicht die Werkzeuge, um sie über das Gesetz hinaus zu begleiten. Es gibt keine Formulare, Massnahmen und Menschen, die bereit sind, sich dieses Themas anzunehmen und eine der ständigen Gefahren ist die Re-Viktimisierung. (...)"

Die digitale Zeitschrift Ruda [*ein Projekt der Prensa Comunitaria, d.Red.*], die Celeste leitet, wurde Opfer von Belästigungen in sozialen Netzwerken und Diffamierungen, weil sie Vorwürfe der sexuellen Belästigung dokumentierte und das Recht der Frauen auf einen frei gewählten Schwangerschaftsabbruch thematisierte.

Laut der Journalistin Evelyn Blanck gibt es noch andere Arten von Verbrechen, über die niemand sprechen, geschweige denn sie untersuchen will, darunter sexuelle Belästigung. „Das sind Aggressionen, die vor allem von Journalistinnen erlitten werden und die quasi unsichtbar sind; bei Civitas haben wir einige Untersuchungen durchgeführt, die zeigen, dass 90 % der Journalistinnen sexuelle Belästigung erlitten haben, nicht nur von den Nachrichtenagenturen, mit denen sie in Beziehung stehen, sondern auch von ihren eigenen Kolleg*innen, Partner*innen und sogar Vorgesetzten. Das ist eine Situation, die extrem besorgniserregend ist", sagte sie.

Eine Journalistin, die es vorzog, anonym zu bleiben, sagte, dass, ihr Redakteur es vorzog, sie zu entlassen, als sie berichtete, dass sie bei ihrer Arbeit von einigen Beamten sexuell belästigt wurde, bevor er innerhalb der Redaktion über das Geschehen sprach. "Ich wusste nichts über die Quelle, zu der ich geschickt wurde, und ich fühlte mich allein und sogar schuldig, weil ich nicht den Rückhalt meines eigenen Chefs hatte", betonte die Befragte.

Eine andere Journalistin, die ihren Namen ebenfalls nicht nannte, sagte, dass während der Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie eine ihrer Quellen mit einer leitenden Position in den Gesundheitswissenschaften, mit der sie über WhatsApp-Nachrichten in Kontakt stand, ihre Datenlieferung davon abhängig machte, mit ihr über private Themen zu sprechen, die nichts mit ihrer Arbeit zu tun hatten. „Guten Morgen. Heute werden wir eine aktualisierte Nachricht veröffentlichen. . . könnten Sie diese Daten bitte bestätigen?“, schrieb die Journalistin in einer Textnachricht, auf die die Quelle antwortete: "Hallo. Aber zuerst müssen Sie mir sagen, was Sie denn an der Autonomen Universität in Mexiko (UNAM) gemacht haben", in Anspielung auf das Profilfoto, das die Journalistin in ihrem sozialen Netzwerk hatte (...)

So etwas findet dauernd statt. Journalist*innen müssen sich akkreditieren. Gemeinde-Journalist*innen fallen rechtlich nicht unter die durch Artikel 35 der Verfassung geschützten Meinungsfreiheit. Sogar die Abteilung der Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen Journalist*innen hegt Zweifel, ob sie einen Fall begleiten können, bei dem zum Zeitraum des Angriffes unklar war, ob sie als Journalist*innen tätig waren oder nicht. Im Fall von indigenen Journalist*innen ist die Lage noch zugespitzter, weil es eine vorgefertigte Rollenvorstellung, insbesondere von Frauen, gibt, nach der man ihnen nicht zutraut, Journalismus betreiben zu können.

Zum Beispiel sagte einer der Verteidiger eines der Angreifer bei einer kürzlichen Anhörung: "Was macht eine Frau, die sagt, sie sei Journalistin, auf einer Demonstration? Was hat sie dort zu suchen?" Solche Vorstellung müssen durchbrochen werden. [*Es folgt in dem Originaltext das Beispiel des Nómada-Gründers, Martín Rodríguez Pellecer, über den ¡Fijate! 694 ausführlich berichtet hat, d.Red.*] (...)

Gibt es in der Hauptstadt mehr Fälle als auf dem Land?

(...) In diesem Jahr, inmitten der Pandemie, gab es in der Hauptstadt mehr Angriffe auf die Presse als auf jene in den anderen Departements.

Die Superintendanz für Telekommunikation (SIT) und die guatemalteckische Rundfunkkammer führen eine permanente Hasskampagne gegen die Gemeinderadios. Sie werden ständig als "Piratensender" kriminalisiert, die die "Unregierbarkeit und Instabilität des Landes" fördern, ganz im Sinne des Diskurses des Wirtschaftssektors gegen die Verteidiger*innen ihres Territoriums und der Menschenrechte, gegen die Autoritäten der Alten und gegen die Volksorganisationen. In diesem feindlichen Kontext weigert sich der Staat weiterhin, ein Schutzprogramm für Journalist*innen zu genehmigen, das alle Akteur*innen, die an der Verteidigung der Meinungsfreiheit beteiligt sind, umfassend einbeziehen würde, und nicht nur diejenigen, die in korporativen Medienunternehmen arbeiten oder diejenigen, die einen von einer Universität ausgestellten Abschluss in Journalistik haben.

Dieses Ausmass an fehlendem Schutz lässt sich an der weltweiten Rangliste der Länder ablesen, in denen die Meinungsfreiheit am stärksten verletzt wird. Guatemala liegt auf Platz 116 von 180 Ländern, die Reporter ohne Grenzen (RSF) wegen der Risiken und Gefahren bei der Ausübung des Journalismus zu den Ländern im roten Bereich zählt.

Der Journalist Luis Ovalle sagt über die Missstände, die Journalist*innen auf nationaler Ebene erfahren: "Eine der Schwachstellen der Presse in den Departements war immer, dass sie nicht die Aufmerksamkeit hat, wie sie in der

Hauptstadt selbstverständlich ist. Wir teilen diese Sorge mit Ileana Alamilla, die Direktorin von Cerigua war. Deshalb ist es wichtig, die journalistische Arbeit in den Departements sichtbar zu machen, vor allem die dort vorhandenen Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung in den Departments. All dies sollte in den Nachrichten noch deutlicher zu sehen sein, aber das ist nicht der Fall.“ Was wir dagegen wahrnehmen, ist, dass in Bezug auf die Hauptstadt- und den gesteuerten Medien es leichter ist, Informationen von Sonny Figueroa, Marvin Del Cid und anderen Genos*innen in der Hauptstadt in den Medien zu platzieren. Sie sind einfach bekannter. (...)

In diesem Jahr waren die Aggressionen im Vergleich zu anderen gleichmässiger zwischen Departments und Hauptstadt verteilt, vor allem aufgrund der von der Pandemie registrierten Missbräuche, Einschränkungen, Beschränkungen der Berichterstattung und direkten Aggressionen, z.B. durch Sicherheits- und Verwaltungsbeamt*innen, die in den Departments aufgetreten sind. Es ist wichtig, dass den Fällen auf internationaler Ebene Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass sie vor Ort weiterverfolgt werden. Es ist wichtig, jedem Fall nachzugehen, die Bedrohungen auf allen Kommunikationsebenen zu streuen, um sichtbar zu machen, was mit Journalist*innen in diesem Land passiert. Das Kontrollsystem über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft (SICOMP) untermauert diesen Trend mit Daten: Während im Departement Guatemala zwischen Januar und Dezember 38 Anzeigen wegen solcher Taten gegen insgesamt 45 Journalist*innen erstattet wurden, wurden in den übrigen Departements des Landes 78 Verbrechen gegen weitere 100 Journalist*innen begangen. Zu den schwersten Verbrechen zählt das Departement Chiquimula, wo ein Mord und fünf weitere Verbrechen gemeldet wurden, während in Escuintla ein weiterer Journalist ermordet wurde.

Kriminalisierung

(...) Eine Kriminalisierung ihre Arbeit erlebte die Journalistin Anastasia Mejía aus Joyabaj, Quiché, die vom dortigen Bürgermeister, Florencio Carrascoza, beschuldigt wurde, eine Gruppe von Verkäufer*innen angeführt zu haben, die im August vor dem Rathaus demonstriert hatten, weil ihre Petitionen während der Pandemie nicht beachtet worden waren. Einen Monat später wurde die Journalistin verhaftet, ihr Haus durchsucht und sie wurde im Frauengefängnis der Stadt Quetzaltenango inhaftiert. Neben ihr wurde die Präsidentin der Vereinigung der Kaufleute von Joyabaj, Petrona Siy, verhaftet. Mejía wurde ein Monat lang eine erste Anhörung verweigert und am 28. Oktober auf Antrag des Staatsanwalts, Casimiro Hernández, mit einem Strafverfahren wegen der Verbrechen der Aufwiegelung und der schweren Körperverletzung überzogen. Während der Anhörung verharmloste der Staatsanwalt die journalistische Arbeit, die Mejía während der Vorfälle in der Gemeinde geleistet hatte. Dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft von Quiché wurde von Journalist*innen, sozialen Organisationen und der PDH abgelehnt. Die Journalistin wird durch einen Beschluss des Gerichts der ersten Instanz in Quiché an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert und (...) steht unter Hausarrest.

Ein weiterer beispielhafter Fall in diesem Jahr betraf die Nutzung falscher Beweise gegen Francisco Chox, einen Gemeindejournalisten und Feuerwehrmann aus Nahualá, Sololá, der angegriffen und verhaftet wurde, als er am 11. Juni über eine Konfrontation zwischen Gemeindemitgliedern aus den Gemeinden Santa Catarina Ixtahuacán und Nahualá berichtete, während sich diese Landkreise im Belagerungszustand befanden (s. ¡Fijáte! 706, 713). Während der Berichterstattung wurde Chox seiner Ausrüstung beraubt und von Dorfbewohner*innen festgehalten, die ihn erst an Armeeangehörige und dann an die Polizei übergaben. Chox verbrachte sechs Tage in einem Gefängnis im Departement Chimaltenango, bis es ihm gelang, dass ein Richter seine erste Aussage aufnahm. Die Vereinigung der Maya-Anwälte und Notare von Guatemala "Nim Ajpu", schaffte es, Chox von der Anklage des illegalen Mitführens von Munition freizubekommen, nachdem sie schwerwiegende Ungereimtheiten in der Beweiskette, die als Beweismittel vorgelegt wurden und die Verletzung des Rechts des Journalisten auf Information und Pressefreiheit aufgezeigt hatte.

Die Kriminalisierungsversuche von (...) öffentlichen Bediensteten, wie z. B. Gemeindebürgermeister*innen, hinterlassen große und irreparable Schäden im Leben der Gemeindejournalist*innen, bei denen der Staat mitschuldig am Schmerz der Familien ist. Wir können in jeder Anklage sehen, wie Journalist*innen dafür verfolgt werden, dass sie (...) recherchieren und die Meinungsfreiheit verteidigen, wobei der Justizapparat als Methode der Einschüchterung, des Terrors und der Gewalt eingesetzt wird, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und zu zensieren.

Verhaftung, Zensur und Polizeibrutalität in der Hauptstadt

Schwere Fälle solcher Angriffe wurden auch in der Hauptstadt registriert, z.B. nach einer Reihe von Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der direkten Befragung des Präsidenten Alejandro Giamattei und des sog. ‚Regierungszentrums‘, von Giamattei selbst geschaffen und das er Miguel Martínez, einem seiner engsten Vertrauten und persönlichen Freund, zugewiesen hatte. Diese betrafen den Journalisten Pavel Vega von Plaza Pública sowie Marvin del Cid und Sonny Figueroa von Artículo 35 und Vox Populi [s. ¡Fijáte! 714, d. Red.]. Figueroa war bei seiner Verhaftung exzessiver Gewaltanwendung der Polizei ausgesetzt, nur wenige Tage nach der Veröffentlichung einer Reihe von journalistischen Untersuchungen zu diesen Themen.

Nach einer breiten Kritik an dem Gremium kündigte Alejandro Giamattei am 4. Dezember die Schließung des ‚Regierungszentrums‘ an. Am 23. Dezember präsentierte Martínez seinen Arbeitsbericht hinter verschlossenen Türen und weigerte sich, diesen der Presse zukommen zu lassen.

Am 21. November (...) wurde der Journalist Carlos Sebastián von einem Sicherheitsbeamten brutal zusammengeschlagen. Sebastian dokumentierte die Verhaftungen, die von den Sicherheitskräften an diesem Tag vorgenommen wurden, als ein Angehöriger der Bereitschaftspolizei seine Kamera an sich nahm und sie zerstörte, woraufhin der Fotojournalist die Aktion in Frage stellte und der Beamte ihn mit exzessiver Gewalt angriff und ihn schwer auf die Seite des Kopfes schlug. Sebastian hat keine Aussage darüber gemacht, was passiert ist, aber er erholt sich zu Hause. Es waren 14 Stiche nötig, um die Wunde zu schließen, die der Polizeibeamte verursacht hatte. Nach Angaben der Pressestelle der Staatsanwaltschaft begann die Staatsanwaltschaft für Verbrechen gegen Journalist*innen mit einer Untersuchung des Vorfalls. Während der Demonstrationen am 21. November gegen die Verabschiedung des Haushalts wurde auch Melissa Menocos, eine Filmemacherin und Dokumentarfilmerin der guatemaltekischen Vereinigung für audiovisuelle Medien und Kinematographie (Agacine), willkürlich festgenommen.

Mindestens fünf Journalist*innen wurden während der Demonstrationen am 28. November ebenfalls angegriffen. Eine Gruppe verummter Männer griff Reporter*innen und Kameraleuten von Guatevisión an und schüchterte sie ein. Auch der Videokünstler Roberto Cabrera wurde schwer auf den Kopf geschlagen, weshalb er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Oscar Rivas von ‚Nuestro Diario‘ wurde ebenfalls verletzt und von der Feuerwehr betreut. Die Journalistin des Magazins ‚Ruda‘ wurde von einem angeblichen Demonstranten mit einem Schlauch geschlagen. Er war ihr vor, eine "infiltrierte Feministin" zu sein.

Recherchemethode unter Beobachtung

Basierend auf Informationen der PDH, MP, APG und Prensa Comunitaria wurden im Jahr 2020 22 Aggressionen registriert, bei denen die Berichterstattung von Journalisten in verschiedenen Teilen des Landes eingeschränkt wurde, zusätzlich zu weiteren 23 Fällen der Verweigerung oder Einschränkung von öffentlichen Informationen, die meisten davon während der Pandemie (...) Aufgrund der Restriktionen, die zur Eindämmung des Corona-Virus eingeführt wurden, haben viele Journalist*innen von dem Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen (LAIP) Gebrauch gemacht, um ihre Recherchen durchzuführen. Auch die Bevölkerung hat sich die Ausübung dieses Rechts angeeignet.

Laut Silvio Gramajo, einem Dozenten der Katholischen Universität Rafael Landívar und Experten auf diesem Gebiet, gibt es jedes Jahr einen Anstieg der Anträge auf Zugang zu öffentlichen Informationen. Allein im Jahr 2019 gab es fast 87.000 Anträge. Dieser wachsende Trend der letzten vier Jahre könne auf die "Explosion des investigativen Journalismus auf der Grundlage des LAIP" zurückgeführt werden. Die daraufhin veröffentlichten Informationen wiederum wurden in der Bürgerschaft aufgegriffen und verbanden sich mit anderen demokratischen Rechten und Grundfreiheiten, z.B. Pressefreiheit und zensurfreiem Journalismus.

Für den Anwalt Rafael Maldonado sind "die [aktuell vorbereiteten, d. Red.] Reformen des Gesetzes über den Zugang zu öffentlichen Informationen besorgniserregend. Was sich hinter dieser Reform verbirgt, ist, dass sie nicht nur den freien Zugang zu Informationen einschränken wollen, sondern dass es eine Strategie ist, um die Nützlichkeit dieses Gesetzes zu unterbinden, z.B. um Beweise für Fälle von Menschenrechtsverletzungen oder der Einhaltung der Gesetze im Land zu finden. Dieses Gesetz wurde vor allem von zivilgesellschaftlichen Gruppen für soziale Audits und Monitoring genutzt. Es wurden viele Fälle gefunden, die speziell zur Entwicklung von Strafverfahren, aber auch zur Einreichung von Klagen zur Frage der Bergbaulizenzen und der Nutzung natürlicher Ressourcen im Land geführt haben“.

Weiter führt Madonado aus: „Hinter den Reformbestrebungen steht das Ziel, den Zugang zu Informationen und die Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung von Amtsträger*innen, die für Menschenrechtsverletzungen bei der Vergabe von Lizenzen, Genehmigungen und anderen administrativen Tätigkeiten für die Nutzung natürlicher Ressourcen verantwortlich sind, einzuschränken. Was die Reformen bezwecken sollen, sieht man an dem zunehmenden Verschluss von Informationen, die zuständige Funktionär*innen als strategisch zu erklären begannen. Ein Beispiel ist die Hafenverwaltung von Puerto Quetzal, die den Bürgern*innen den Zugang zu Informationen verweigert, um deren Überwachung der dortigen Entwicklung und die Vorbereitung von Klagen gegen Amtsträger*innen zu vermeiden. Dabei sind diese zwar staatliche Bedienstete, aber letztlich werden diese von kriminellen extraktiven Unternehmen gesteuert. (...)“

Wer ist für die Einhaltung des LAIP verantwortlich?

Lilina Sierra, Mitarbeiterin im Sekretariat für den Zugang zu öffentlichen Informationen (SECAI) der PDH, deren Aufgabe es ist, „alle Entscheidungen, Pläne, Programme und Aktivitäten der Regulierungsbehörde, die das Recht auf Zugang zu öffentlichen Informationen fördern, aufzunehmen und die Einhaltung der Verpflichteten in Bezug auf die Bestimmungen des LAIP zu überwachen“, muss jedes Jahr einen Bericht über die Befunde und Nachfragen zu allen 86.000 Anfragen auf Informationszugang, die es 2019 gab, erstellen.

Sierra bestätigte, dass es in diesem Jahr Personen gab, die entgegen ihrer Verpflichtung nicht über die eingegangenen Informationensuche Bericht erstattet haben, insbesondere aufgrund der Pandemie und des Machtwechsels nach den Parlamentswahlen 2019: „Das verursachte viele Probleme, weil die Verantwortlichen der Verwaltungseinheiten wechselten und diese nicht wussten, wie sie diese Anfragen bearbeiten sollten. Einige Einheiten funktionierten gar nicht und schlossen zeitweise“, erklärte Sierra. Als positiven Aspekt hob sie die Verordnung 12-2020 des Kongresses der Repu-

blik während der Pandemie hervor, die klarstellte, dass die Antragsfristen während der Pandemie nicht ausgesetzt werden konnten.

Das SECAI hat insgesamt 60 Beschwerden wegen Nichteinhaltung des LAIP erhalten. Das Verfahren besteht darin, dass „ein ausführlicher Bericht über die Angelegenheit verlangt wird und dass die Rechtsverletzung bei den Staatsanwälten festgestellt wird oder nicht und dann an den Rechnungshof oder die MP zur weiteren Behandlung geschickt wird“, erklärte Sierra. Im Falle der Zuständigkeit der MP, wenn ein Verfahren bereits von der PDH läuft, wird eine recht lange Untersuchung von Amts wegen eingeleitet, die nur zu etwa drei Urteilen pro Jahr geführt hat. Die betroffenen Personen werden der Verletzung des Rechts auf Information beschuldigt und mit Bewährungsstrafen belegt, d. h. gegen Zahlung einer Geldstrafe erhalten sie Hausarrest und werden angewiesen, an einem LAIP-Training in der PDH teilzunehmen. „Das ist keine effektive Massnahme“, bedauerte Sierra. Sowohl Gramajo als auch Sierra stimmen darin überein, dass es wichtig ist, wirksame Mechanismen und Lernprozesse zu schaffen, die die Einhaltung des Rechts auf Information gewährleisten, sowie effiziente Gerichtsverfahren und beispielhafte Sanktionsmassnahmen, um die fehlende Transparenz zu beseitigen. „Eine der wichtigsten (Un-)Kulturen, die dringend beseitigt werden müssen, ist die Straflosigkeit, denn Beamte können Sie angeifern und bedrohen und nichts passiert. Es muss verlangt werden, dass der Staat seine Verpflichtungen erfüllt. Als journalistische Vereinigung können wir uns nicht selbst verteidigen, das ist Sache des Staates“, schloss Gramajo.

Doch weit davon entfernt, Massnahmen zur Stärkung des Rechts auf Zugang zu Informationen anzuregen und zu fördern, hat der Abgeordnete Alejandro de León von PODEMOS am 17. November eine Reihe von Reformen vorgelegt (Initiative 5792), um ein nationales Büro für den Zugang zu Informationen (ONAIIP) einzurichten. Dabei waren weder der Menschenrechtsanwalt Jordan Rodas Andrade, andere Interessengruppen oder die Zivilgesellschaft beteiligt. Diese ONAIIP würde die PDH bzw. ihre Abteilung SECAI im Rahmen ihrer derzeitigen Mandate absetzen, ohne dass klar wäre, in welchem Umfang und in welcher Form die Verantwortlichen ernannt werden würde. Das würde zweifelhaften und fragwürdigen Verfahren Tür und Tor öffnen. Alles deutet darauf hin, dass die organisierte Zivilgesellschaft sich sehr gut auf eine neue Schlacht vorbereiten muss, um das Recht zu verteidigen, etwas zu wissen, darüber zu informieren und es zu kommentieren. (...) (Prensa Comunitaria)

Ex-Sicherheitschef des kanadischen Bergbaukonzerns wegen Mord an Adolfo Ich verurteilt

Puerto Barrios, 7. Januar - Ein Richter in Guatemala hat ein Schuldeingeständnis des ehemaligen Sicherheitschef der grössten Nickelmine Zentralamerikas akzeptiert, der wegen Mordes an einem indigenen Führer vor Gericht stand. Mynor Padilla wurde am Mittwoch wegen der tödlichen Schiesserei auf Adolfo Ich, Lehrer und Gemeindeführer der Q'eqchi, der sich gegen die Fenix-Mine ausserhalb der Stadt El Estor stellte, des Mordes für schuldig befunden.

„Wir haben lange Zeit damit verbracht, Gerechtigkeit zu suchen“, sagte Ichs Witwe Angélica Choc nach dem Urteil dem Guardian vor dem Gerichtsgebäude in Puerto Barrios, einer Hafenstadt 185 Meilen östlich von Guatemala-Stadt. „Es wird meinen Mann nicht zurückbringen, aber ich bin zufrieden.“

Transnationalen, meist kanadischen Bergbaukonzernen, ihren Mitarbeiter*innen und staatlichen Sicherheitskräften wurden von Menschenrechtsgruppen einer Vielzahl von Misshandlungen in Zentralamerika beschuldigt, einschliesslich der Tötung von Minengegner*innen. Strafverfolgungen sind selten und strafrechtliche Verurteilungen von Mitarbeiter*innen von Bergbauunternehmen sind in der Region fast unerhört. Patricia Quinto, Anwältin der Nebenklägerin Choc, sagte, dass das Urteil einen wichtigen Präzedenzfall im Land darstellte. „Der Richter stellte fest, dass Bergbauunternehmen Konflikte erzeugt haben“, sagte Quinto. Zum Zeitpunkt der Tötung befand sich das Bergbauprojekt Fenix im Besitz der in Toronto ansässigen Hudbay Minerals, die gegen Pläne zur Wiedereröffnung der Mine auf Widerstand von lokalen indigenen Gemeinschaften stiessen. Das Unternehmen steht vor laufenden Zivilklagen in Kanada im Zusammenhang mit der Gewalt gegen indigene Bewohner, einschliesslich der Ermordung von Ich [*Fijáte! berichtete häufig über den Fall, z.B. in Heft 636, d.Red.*].

„Wir werden die schriftliche Entscheidung des Gerichts prüfen, sobald sie veröffentlicht ist. Alle Vereinbarungen, die vor dem guatemaltekischen Gericht getroffen wurden, haben keinen Einfluss auf unsere Sicht der Fakten oder die Haftung von Hudbay in Bezug auf Zivilklagen, die derzeit vor dem Gericht von Ontario verhandelt werden“, sagte ein Sprecher von Hudbay Minerals. Die Nickelmine war zuvor während des Bürgerkriegs zwischen dem Militär und linken Guerilla unter einem anderen kanadischen Besitzer betrieben worden. (...) Die unter Militärherrschaft erworbenen unternehmerischen Land- und Bergbaurechte lösten jahrzehntelange Konflikte und Widerstand seitens der lokalen indigenen Gemeinschaften aus. Die Fenix-Mine befindet sich am grössten See des Landes, in einer vorwiegend von Q'eqchi bewohnten Region im Osten Guatemalas. (...) Die Mine wurde 2014 nach gewaltsamen Zusammenstössen mit lokalen Demonstrierenden wiedereröffnet und gehört heute der Solway Group, einem russisch-schweizerischen Konglomerat. Im Jahr 2019 entschied das Verfassungsgericht Guatemalas, den Betrieb der Mine bis zur Konsultation der betroffenen indigenen Gemeinschaften einzustellen.

„Es gibt viele Geschwister in diesem Kampf“, sagte German Chub, der am 27. September 2009, dem Tag, an dem Ich getötet wurde, von Sicherheitspersonal der Mine angeschossen und gelähmt wurde.

Padilla, ex-Oberstleutnant der Armee, wurde wegen seiner Rolle bei der Erschiessung von Chub und dem Angriff auf zwei weitere indigene Männer eines nahegelegenen Dorfes in drei Punkten der Körperverletzung für schuldig befunden. Padilla verbrachte viereinhalb Jahre im Gefängnis, bevor er 2017 einen ersten Freispruch erreichte, der im Berufungsverfahren aufgehoben wurde. Er bekannte sich im Dezember 2020 nach einer Verurteilung und Reparationsvereinbarung zwischen Anklage und Verteidigung schuldig. Ihm droht keine weitere Gefängnisstrafe. Padilla und seine Verteidiger lehnten einen Kommentar nach dem Urteil am Mittwoch ab. Das vollständige Urteil wird am 13. Januar verkündet.

„Für mich ist es eine Erleichterung und gleichzeitig bringt es Traurigkeit“, sagte Chub dem Guardian. „Es hat so lange gedauert, bis wir gehört wurden.“ (Guardian)

Spiertueller Führer im Quiché ermordet und die Behörden wissen nichts darüber

San Miguel Uspantán, 7. Januar - Die Maya-Vereinigung Uk'ux B'E meldete am 7. Januar, dass der Ajq'ij, ein spiritueller Führer der Maya, Jesús Choc Yat, 57 Jahre alt, aus der Gemeinde El Vergel de la Zona Reina im Landkreis San Miguel Uspantán im Departement Quiché, am 4. Januar ermordet wurde. Choc war ein sehr bekannter Heiler, der Heilpflanzen aus der Region verwendete. Laut Berichten war Choc am 3. Januar in die Gemeinde Lancetillo La Parroquia gekommen, um eine Maya-Zeremonie zu feiern; dort wurde er zuletzt lebend gesehen.

Was man über den Mord weiss

Die Leiche des Heilers wies „Zeichen von grausamer Folter“ auf, betonte Uk'ux B'E. Ausserdem wurde erwähnt, dass Chocs Vater in den 1980er Jahren auf die gleiche Weise ermordet wurde – durch die Armee während des internen bewaffneten Konflikts, der die Region Quiché stark heimgesucht hat. Uk'ux B'E appellierte an die Staatsanwaltschaft, das Verbrechen aufzuklären und die Verantwortlichen für die Ermordung von Choc zu finden. Sie rief die Öffentlichkeit auf, den Staat aufzufordern, über das Leben der Einwohner*innen des Landes zu wachen und den Rassismus gegen diejenigen zu bekämpfen, die die 1000 Jahre alte Weltanschauung der Maya praktizieren. Der Verein Uk'ux B'E ist eine Organisation, die sich für den Wiederaufbau der „Mayab Tinamit“ einsetzt und politische Projekte der Maya stärken will.

Keine Informationen

Enrique Pérez Ceto, Mitarbeiter der PDH in Nebaj, erklärte, dass er Informationen von Dritten erhalten habe, „aber ich habe keine Informationen von der MP oder seiner Familie, wir sind an Informationen interessiert, um sie zu verfolgen“, sagte Ceto. Auch der Sprecher der Polizei, Edwin Monroy, wusste nichts über den Fall. (Prensa Comunitaria)

Rodríguez spricht in seiner Antrittsrede nicht über die Wahl der Richter*innen

Guatemala, 14. Januar - In der feierlichen Sitzung des Kongresses der Republik über das erste Regierungsjahr von Präsident Alejandro Giammattei und die Amtsübernahme des Präsidiums des Parlaments für 2021-2022 sprach der Präsident, Allan Rodríguez, über die Covid-19, die Arbeit der Legislative, die Politisierung der Justiz, die Demokratie des Landes, die Friedensbildung, politische Konsensbildung und andere Themen, wobei er die Wahl des Obersten Gerichtshofs und der Berufungsgerichte, die vom Präsidium, dem er vorstand, monatelang verzögert wurde, als letzten TOP auf die Tagesordnung der Plenarsitzung setzte. (...)

"Das Jahr 2021 ist ein bedeutendes Jahr, es ist eine große Gelegenheit, die Justiz im Land zu stärken und weiter voranzubringen. Dennoch ist es wichtig, sich klar zu machen, dass die wahre Gerechtigkeit nicht als Waffe benutzt werden darf, um die Gegner oder politischen Feinde zu beugen oder zu vernichten. (...) Es ist Zeit zu sagen: Nie wieder eine Verrechtlichung der Politik!" [*d.h. nie wieder eine Einmischung des Rechtsstaats in die Politik? d. Red.*] „Wahre Gerechtigkeit, Leute von Guatemala, muss fair, unabhängig und gleich für alle sein, ohne Unterschied“, sagte er weiter. Laut Rodríguez gebe es einen schändlichen und hasserfüllten Virus, der das Land gespalten habe: „Vermeiden wir die Ausbreitung von Hass und Intoleranz, machen wir das Land zu einer großen Ausbreitung von Frieden und Liebe“.

Das Präsidium besteht aus: Präsident des Kongresses: Allan Rodríguez (VAMOS); Vizepräsident*innen: Sofía Hernández (UCN), Luis Rosales (VALOR) und Armando Castillo (VIVA); Sekretäre: Carlos López (UNE), Rudy Pereira (FCN Nación), Douglas Rivero (HUMANISTA), Carlos Santiago Nájera (UNE) und Jorge García Silva (PC) (La Hora)

Guatemala: Fälle der Unterernährung stiegen um 80%

Guatemala, 6. Januar - Laut dem letzten Update des Gesundheitsmanagement-Informationssystems (SIGSA) von diesem Dienstag wurden bis zur Woche 51 des Jahres 2020 (eine muss noch gezählt werden) insgesamt 27.847 Fälle von akuter Unterernährung registriert, das sind 12.362 mehr als die 15.485 Fälle, die im gleichen Zeitraum 2019 gemeldet wurden, was einem Anstieg von 80 Prozent entspricht.

Die Behörden führen diesen Anstieg auf die Implementierung der automatischen Übertragung von Daten zurück, die in den Gesundheitsbereichen des Landes aufgrund von COVID-19 noch nicht verifiziert wurden. Der höchste Anteil der Fälle betrifft laut SIGSA Kinder im Alter von 12-24 Monaten (43,1 Prozent der Gesamtzahl), gefolgt von Kindern im Alter von 6-12 Monaten (22,2 Prozent), 6 Monaten (12,5 Prozent), 2-3 Jahren (11,4 Prozent), 3-4 Jahren (5,5 Prozent) und über 4 Jahren (5,2 Prozent). Nach Angaben der Behörden sind von den 27.842 Fällen von akuter Unterernährung, die im vergangenen Jahr gemeldet wurden, 19.982 moderat und der Rest schwer. Die Zahl der unterernährten Kinder stieg von 67 pro 10.000 Kinder im Jahr 2019 auf 120,5 im Jahr 2020, erklärt SIGSA. In Guatemala lebt nach offiziellen Angaben 59 Prozent der 16,3 Millionen Einwohner unterhalb der Armutsgrenze. Darüber hinaus leidet laut Berichten internationaler Organisationen jedes zweite Kind an einer Form von Unterernährung.

Der Kampf gegen Unterernährung war eines der Versprechen des derzeitigen guatemaltekischen Präsidenten Alejandro Giammattei bei seinem Amtsantritt am 14. Januar letzten Jahres. Als der Präsident im Dezember von der lokalen Presse zu diesem Thema befragt wurde, reagierte er verärgert und antwortete, dass "Harry Potter nicht existiert." [*dass es keine Zauberei gibt, er also nicht zaubern könne, d. Red.*]. (Deutsche Welle auf Basis von efe, Prensa Libre, El Periódico)

Letzte Meldung: Tränengas stoppt "Karawane" in Guatemala

Vado Hondo, 18. Januar - Die sogenannte "Karawane" mit mehreren Tausend Menschen ist in Guatemala zum Halt gebracht worden. Die Polizei setzte Tränengas ein. Viele Migrierenden, die eigentlich in die USA wollten, kehrten um. Mehrere Personen seien verletzt worden, teilte der Menschenrechtsbeauftragte von Guatemala, Jordán Rodas Andrade, in einer Erklärung mit, die in den sozialen Netzwerken verbreitet wurde.

Vado Hondo wird zum Brennpunkt

Fernsehbilder und Videos zeigen, wie Tausende Migrationswillige sich in der guatemaltekischen Stadt Vado Hondo in Gruppen versammelten und dort versuchten, einen Kordon der Sicherheitskräfte zu durchbrechen. Diese setzten Schlagstöcke ein. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR wurden elf Migrant*innen und zwei Soldaten verletzt. Mehr als 1.300 Migrationswillige wurden nach Angaben der Behörden in Guatemala zurückgeschickt.

Seit Freitagabend hatten mehrere Gruppen von Tausenden Honduraner*innen die Grenze nach Guatemala überquert. Der mexikanische Sender "TV Azteca" berichtete von mehr als 9.000 Menschen. Die Karawane hatte sich in der Stadt San Pedro Sula im Nordwesten von Honduras zusammengeschlossen. Es handelt sich nach Berichten örtlicher Medien um Honduraner*innen, die vor Gewalt, Armut und den Folgen zweier verheerender Hurrikans im November aus dem mittelamerikanischen Land geflüchtet waren und die in den USA ein besseres Leben suchen wollten.

Auch unter Biden soll Grenze zu bleiben

Aussicht darauf, tatsächlich in den USA eine neue Heimat zu finden, gibt es für die Migrationswilligen aus Honduras kaum. Von der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde hiess es, dass auch die neue Regierung des Demokraten Joe Biden nicht ihre Grenzen für Migranten aus Zentralamerika öffnen werde.

Biden, der an diesem Mittwoch als 46. Präsident der USA vereidigt werden soll, strebt nach eigenen Angaben ein "faieres und humanes Einwanderungssystem" an. Zugleich kündigte er an, den Fokus auf die Fluchtursachen in den zentral-amerikanischen Staaten zu legen. (Deutsche Welle auf der Basis von dpa und afp, *im Wording leicht verändert, d. Red.*)

¡Fijáte! <http://fijate.guatemala.de>
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6